

Altersdiskriminierung: Senioren fordern Grundgesetzänderung



Am Mittwoch beginnt der Deutsche Seniorentag. Die Vorsitzende des Dachverbandes älterer Menschen, Regina Görner, will mehr Rücksichtnahme. Und sie mahnt bei der Digitalisierung Nutzerfreundlichkeit an.

[Markus Decker](#)

02.04.2025

Berlin. Die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), Regina Görner, hat vor dem am Mittwoch beginnenden 14. Deutschen Seniorentag eine Änderung des Grundgesetzes gefordert. Das Ziel soll sein, alte Menschen vor Diskriminierung zu schützen. Der Seniorentag mit rund 120 Veranstaltungen findet unter dem Motto „Worauf es ankommt“ bis Freitag in Mannheim statt. An der Veranstaltung wird auch Kanzler Olaf Scholz, 66, teilnehmen.

„Wir fordern seit langem, dass in Artikel 3 des Grundgesetzes das Merkmal Lebensalter aufgenommen wird“, sagte Görner dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Der Artikel listet eine ganze Reihe Merkmale auf, die vor Diskriminierung geschützt werden. Das Alter wird hier gar nicht erwähnt.“ Sie fügte hinzu: „Ich wäre zum Beispiel gerne Schöffin geworden. Aber Menschen in meinem Alter dürfen das nicht mehr machen.“ Die Altersgrenze liegt derzeit bei 70, Görner ist 74. „Wenn ältere Menschen bei Banken aufgrund ihres Alters keinen Kredit mehr bekommen, ist das ebenso wirklichkeitsfremd. Da muss nachgebessert werden.“ Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Ferda Ataman, hatte sich in der Vergangenheit ähnlich geäußert.

Menschen, die ihr ganzes Leben lang mit allem gut klargekommen sind, stehen plötzlich vor einer Welle von Hürden, die durch die Digitalisierung entstanden sind. Viele empfinden das als eine Entmündigung.

Regina Görner

Erst vor eineinhalb Jahren hatte eine Studie des Instituts für Finanzdienstleistungen ergeben, dass sich viele Ältere bei der Vergabe von Konsum- und Immobilienkrediten benachteiligt fühlen. Auch die beschleunigte Schließung von Bankfilialen gilt als Problem. So gaben 48 Prozent der Teilnehmenden an der Bankenumfrage an, dass Filialen geschlossen worden seien, meist im ländlichen Raum. Vor allem für ältere Kreditnehmende sei damit der Zugang zu Beratung erschwert.

Die Vorsitzende des Dachverbandes von 121 Senioren-Organisationen beklagte ferner, „dass viele Ältere die Art und Weise der Digitalisierung als neue Form von Altersdiskriminierung erfahren: Menschen, die ihr ganzes Leben lang mit allem gut klargekommen sind, stehen plötzlich vor einer Welle von Hürden, die durch die Digitalisierung entstanden sind. Viele empfinden das als eine Entmündigung.“ Sie betonte: „Die Brücken, die die Technik selbst aufbaut, sind einfach noch viel zu hoch. Dauernde Updates führen zum Beispiel zu völlig unnötigen Veränderungen der Benutzeroberflächen. Damit wird permanenter Lernbedarf produziert, den es eigentlich nicht geben müsste. Die Technik könnte viel nutzerfreundlicher sein.“ Nötig sei „ein grundsätzliches Maß an Standardisierung“.



Regina Görner, Vorstandsvorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen.

Quelle: picture alliance / Jörg Carstensen

Riesen-Herausforderung: Pflege

Handlungsbedarf sieht Görner schließlich in der Pflegeversicherung. „Die Eigenanteile, die bei einer stationären Pflege gezahlt werden müssen, sollten zumindest gedeckelt werden“, sagte sie dem RND. „Denn das ursprüngliche Ziel, Pflegebedürftige in diesem Fall nicht zwangsläufig zum Sozialhilfefall werden zu lassen, ist längst verfehlt.“ Prävention und Rehabilitation müssten eine viel größere Bedeutung bekommen. Die beste Pflege sei nämlich „die, die gar nicht erst stattfinden muss“.

Die langjährige Gewerkschafterin mahnte: „Wir wollen weniger Flickschusterei in der Pflegeversicherung, sondern eine Neuausrichtung, die für die Zukunft passt und die Potenziale nutzt, statt abzuwarten, bis der schwere Pflegefall – mit all seinen individuellen und gesellschaftlichen ‚Kosten‘ – eingetreten ist.“ Demoskopien berichten, dass eine wachsende Zahl

von Menschen die Finanzierung der Pflege als kaum noch zu bewältigende Herausforderung wahrnimmt – von den personellen Engpässen in Pflegeheimen ganz zu schweigen.